

Berlin, 17.04.2019

Deutsch-Israelische Gesellschaft WPSEU 062/2019

Frage 1:

Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland und in anderen Ländern der Europäischen Union zu bekämpfen?

Antwort:

Antisemitismus ist unvereinbar mit den Werten, auf denen die Europäische Union beruht. Der Grundsatz der Gleichbehandlung muss ungeachtet der Religion und der ethnischen Herkunft einer Person gelten. Aufgrund der zahlreichen antisemitischen Vorfälle in den EU-Mitgliedstaaten in den letzten Jahren und mit der Überzeugung, dass die Bekämpfung von Antisemitismus in der Verantwortung der Gesellschaft insgesamt liegt, hat das Europäische Parlament 2017 die „Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung von Antisemitismus“, verabschiedet. Darin werden u.a. die Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert, die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) anzunehmen und umzusetzen, um die Bemühungen der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden um eine effizientere und wirksamere Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung antisemitischer Angriffe zu unterstützen. Außerdem wird eine Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit den jüdischen Gemeinden gefordert. Dies ist ein erster, sicherlich noch nicht hinreichender Schritt, für Jüd*innen ein sicheres Leben in Europa zu gewährleisten. Wir Sozialdemokrat*innen haben wesentlich bei der Formulierung dieser Resolution mitgewirkt und werden uns für die Umsetzung der Forderungen auch in der nächsten Legislaturperiode mit Nachdruck einsetzen. Neben der Anerkennung der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der IHRA, sind wir der Auffassung, dass dringend Bildungsprojekte für Bürger*innen gefördert werden müssen. Für die Bekämpfung von Hass und Intoleranz müssen die finanziellen Mittel erhöht werden. An Schulen soll die Aufklärung über die Shoah speziell gefördert und die Lehrkräfte angemessen geschult werden. Der Austausch zwischen Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Glaubensrichtungen durch gemeinsame Aktivitäten soll außerdem unterstützt werden.

Zudem sollen in Medien und Sicherheitsbehörden spezielle Stellen geschaffen werden, die für das Thema „Antisemitismus“ sensibilisieren und Schulungen für Journalist*innen und Polizist*innen angeboten werden. Politische Führungskräfte werden außerdem aufgefordert, antisemitische Äußerungen systematisch und öffentlich zu verurteilen und parlamentarische Gruppen gegen Antisemitismus einzurichten. Auch eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Behörden bei Hassverbrechen und Terrorismus soll gefördert werden und ein System für die systematische Sammlung relevanter Daten über Hassverbrechen eingeführt werden. Wir verlangen außerdem, dass Online-Plattformen und soziale Medien Maßnahmen ergreifen, um antisemitische Hassreden im Internet zu bekämpfen. Zuletzt werden in der Resolution die einzelnen Mitgliedstaaten aufgefordert, den Internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Januar offiziell zu begehen.

Gegen antisemitische Äußerungen und Ausschreitungen muss rechtlich vorgegangen werden. Zudem ist eine bessere statistische Erfassung der politischen Motivation hinter antisemitischen Straftaten nötig, um das europaweite Ausmaß besser einschätzen zu können.¹

Die SPD hat in der Vergangenheit klar gegen antisemitische Vorfälle, wie nicht zuletzt die antisemitische Plakat-Kampagne der ungarischen Fidesz-Partei von Viktor Orbán, angeprangert.

Frage 2:

Wie werden sie sich verhalten, wenn im EU-Parlament eine antisemitische Hetzrede, vergleichbar beispielsweise der Rede des Palästinenser-Präsidenten Mahpnud Abbas vom 23. Juni 2016, gehalten wird und Abgeordnete ähnlich wie damals dieser Hetzrede applaudieren?

Antwort:

Antisemitische Hetzreden wird die SPD scharf verurteilen. Die neue Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments definiert unter Artikel 11 und den Regeln 166/167 klar, was als Hetzrede gilt und nennt Sanktionen, die dem Parlament zur Verfügung stehen. Wir werden darauf drängen, dass das Europäische Parlament in einem solchen Fall auch Gebrauch von seinen Möglichkeiten macht.²

Frage 3:

Was werden Sie gegen die Versuche der sogenannten BDS-Bewegung unternehmen, Israel durch Boykottmaßnahmen wirtschaftlich, politisch und kulturell zu schaden?

¹ <https://www.spdfraktion.de/themen/entschlossen-gegen-antisemitismus>

² <http://www.europarl.europa.eu/plenary/DE/vod.html?mode=unit&vodLanguage=DE&startTime=20170531-18:28:02-071#>

Antwort:

Antisemitismus ist in allen politischen Lagern zu finden. Dieser manifestiert sich vor allem in Antizionismus und Israelfeindlichkeit. Unter dem Motto: „Gegen jeden Antisemitismus“³ spricht sich die SPD gegen uns gegen die antisemitische BDS-Bewegung und ihren Aufruf zum Boykott israelischer Geschäfte und Waren aus Israel, aus. Wir treten klar und eindeutig für das Existenzrecht Israels ein und setzen uns auch weiterhin für eine Zweistaatenlösung ein.

Frage 4:

In welcher Form werden Sie sich für die einzige Demokratie im Nahen Osten, den Staat Israel, einsetzen?

Antwort:

Die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Israel müssen weiter ausgebaut und vertieft werden. Basis dafür ist ein vertrauensvoller und offener Dialog und Austausch zwischen der EU und Israel. Wir unterstützen Initiativen zur Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses. Regionalpolitisch setzt sich die SPD im Europaparlament für eine Zwei-Staaten-Lösung ein und unterstützen den „Shared-Society“ Ansatz. Dieses Konzept sieht eine gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen an Politik, Kultur, Medien und Wissenschaft vor. Zudem unterstützen wir eine Stabilisierung der „Good-Governance“ Strukturen in den palästinensischen Gebieten und das Abkommen über das iranische Nuklearprogramm (den so genannten „Iran Deal“).

Frage 5:

Wie sehen Sie die Zukunft für Juden und Araber für ein friedvolles, gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben in einem demokratischen Rechtsstaat unter Berücksichtigung der berechtigten Sicherheitsinteressen Israels?

Antwort:

Es muss alles darangesetzt werden, dass alle Bevölkerungsgruppen in Israel an dem politischen, kulturellen, medialen und wissenschaftlichen Leben gleichberechtigt beteiligt werden. Nur dann werden sie sich für den Erhalt eines pluralistischen und demokratischen Israels einsetzen können. Die Sicherheit Israels zu unterstützen bedeutet für uns auch, UNRWA – das Hilfswerk der UN für Palästina-Flüchtlinge – zu unterstützen. UNRWA setzt sich für die humanitäre Stabilisierung der palästinensischen Flüchtlinge ein. Da eine Ausfinanzierung der UNRWA – Projekte für sich Sicherheit und Stabilität Israels wichtig ist, wird diese Ausfinanzierung auch von hochrangigen Vertretern der israelischen Streitkräfte gefordert.

³ https://parteitag.spd-berlin.de/cvtx_antrag/gegen-jeden-antisemitismus-nieder-mit-der-antisemitischen-bds-bewegung/

Frage 6:

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, damit die an die palästinensische Autonomiebehörde gezahlten europäischen Steuergelder nicht mehr dafür missbraucht werden, Terroristen zu alimentieren und Hetze gegen Israel in Schulbüchern etc. zu fördern?

Antwort:

Für die von uns unterstützte Zweistaatenlösung benötigt es einen funktionierenden, demokratischen, palästinensischen Staat. Daher unterstützen wir, dass die EU Palästina beispielsweise in der Entwicklungszusammenarbeit und beim institutionellen Aufbau unterstützt. Traditionell ist die EU der wichtigste Geber der Palästinensischen Gebiete. Diese Mittel werden projektbezogen eingesetzt und die Verwendung wird kontinuierlich überwacht. Zahlungen zur Alimentierung an Familien von Terroristen werden dabei nicht bereitgestellt. Wir begrüßen zivilgesellschaftliche Initiativen, die beispielsweise Schulbücher auch mit einem Fokus auf die Darstellung des Landes, der Geschichte und der Gesellschaft untersuchen. Die Zivilgesellschaft, aber auch die internationale Schulbuchforschung, sollten in kritischen Fällen eingebunden werden, um einseitige Pauschalisierungen zu vermeiden.

Frage 7:

Wie werden Sie sich bei der Bundesregierung, jetzt als Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, und bei den anderen europäischen Sicherheitsratsmitgliedern dafür einsetzen, dass die Doppelstandards der Vereinten Nationen, mit denen Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten durch eine Mehrheit von menschenverachtenden Autokratien immer wieder international verurteilt wird, endlich aufgegeben werden?

Antwort:

Die deutsche Bundesregierung hat derzeit eine klare Linie im Bezug auf Israel und zur politischen Handhabung von bereits bestehenden UN-Resolutionen im Bezug auf Israel. Wir unterstützen die Forderung, dass alle UN-Mitgliedsstaaten -darunter auch die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates- die UN-Resolutionen einhalten, weshalb wir eine Anerkennung der Golanhöhen und unilaterale Verlegungen von Botschaften nach Jerusalem aufs schärfste kritisieren.

Frage 8:

Wie werden Sie sich angesichts der Tatsache, dass die Vereinten Nationen von Israel fordern, die Golanhöhen einschließlich der dort lebenden Bevölkerung an Syrien zurückzugeben und damit einem Diktator auszuliefern, der dank des von ihm zu verantwortenden syrischen Bürgerkriegs rund eine halbe Million Menschen auf dem Gewissen hat, im Europäischen Parlament positionieren?

Antwort:

Wir unterstützen die bestehenden UN-Resolutionen zu den Golanhöhen. Eine Anerkennung der Annektierung der Golanhöhen würde nicht nur einen klaren Bruch des Völkerrechtes darstellen, sondern auch die Grundlagen für eine Konfliktlösung und eine Zwei-Staaten-Lösung massiv gefährden.

Frage 9:

Werden Sie sich angesichts des Vernichtungsankündigung des Iranischen Regimes gegenüber Israel, angesichts des öffentlichen Geständnisses des Leiters der Atomic Energy Organization des Iran, Ali Akbar Salehi, die Natanz Nuklear-Fabrik sei nunmehr fertiggestellt, angesichts der Vorführung atomwaffenfähiger Mittelstreckenraketen im Rahmen von Militärparaden in Teheran, angesichts der wiederholten Errichtung von Militärbasen in Syrien nahe der israelischen Grenze dafür einsetzen, dass die Europäische Union die Gefahren für das Existenzrecht Israels künftig im Rahmen ihrer Nahostpolitik ernst nimmt, und welche Schritte schlagen Sie gegen den Vernichtungsantisemitismus des iranischen Regimes vor?

Antwort:

Die SPD fordert in jeder Diskussion um und mit dem Iran, dass Iran das Existenzrecht Israels anerkennt. Diese Forderung ist elementar für uns. Außerdem unterstützen wir die autonomen wirtschaftlichen und finanziellen EU Sanktionen gegen Iran, einschließlich Einschränkungen des Handels mit mehreren Arten von Waren, darunter auch ein Verbot der Ausfuhr in den Iran von Waffen, Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und Waren, die für Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Urananreicherung eingesetzt werden könnten.

Parallel versuchen wir den gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action – JCPOA) aufrecht zu erhalten. Der JCPOA soll sicherzustellen, dass Irans Nuklearprogramm rein friedlichen Zwecken dienen wird. Der JCPOA liegt im europäischen und israelischen Sicherheitsinteresse. Wir sind überzeugt, dass der JCPOA eine Basis liefern kann, um mit dem Iran Gesprächskanäle aufzubauen, z.B. im Rahmen des High Level Dialogs. Dieser Dialog ist wichtig, um die sehr problematischen Themen, wie die Rolle des Irans in der Region, die Drohungen gegenüber Israel, das iranische Raketenprogramm oder die Verletzung der Menschenrechte anzusprechen.

Frage 10:

Was werden Sie angesichts des geplanten Abzugs der amerikanischen Truppen aus Syrien im Rahmen Ihrer EU-Tätigkeit unternehmen, um zu verhindern, dass das Iranische Regime das entstehende Machtvakuum nutzt und die Bedrohung Israels verstärkt?

Antwort:

Zusätzlich zur Umsetzung von VN-Sanktionen hat die EU im vergangenen Jahrzehnt ein breites Spektrum autonomer wirtschaftlicher und finanzieller Sanktionen gegen Iran verhängt, einschließlich Einschränkungen des Handels mit mehreren Arten von Waren, darunter auch ein Verbot der Ausfuhr in den Iran von Waffen, Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und Waren, die für Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Urananreicherung eingesetzt werden könnten. Zudem gibt es Einschränkungen im Finanzsektor und Maßnahmen im Verkehrssektor. Hinzu kommen Reisebeschränkungen und Einfrieren von Vermögenswerten. Diese restriktiven Maßnahmen der EU, die als Teil eines politischen Gesamtkonzepts sind, unterstützt die SPD im Europäischen Parlament.

Die restriktiven Maßnahmen der EU verbinden Druckausübung mit Engagement, um den Iran dazu zu bewegen, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen und seine Rolle in der Region zu ändern.

Neben den Sanktionen fordern wir vom Iran kontinuierlich und deutlich die Anerkennung des Existenzrecht Israels. Diese Forderung ist für uns elementar in der Diskussion um und mit dem Iran.

Parallel versuchen wir, auf Basis des gemeinsamen umfassenden Aktionsplans (Joint Comprehensive Plan of Action – JCPOA), sicherzustellen, dass Irans Nuklearprogramm rein friedlichen Zwecken dienen wird. Der JCPOA liegt im europäischen und israelischen Sicherheitsinteresse. Wir sind der Meinung, dass der JCPOA eine Basis liefern kann, um mit dem Iran Schritt für Schritt Gespräche aufzubauen. Dieser Dialog ist wichtig, um die sehr problematischen Themen, wie die Rolle des Irans in der Region, die Drohungen gegenüber Israel oder das iranische Raketenprogramm konstruktiv mit dem Iran anzusprechen.

Frage 11:

Wie werden Sie vorgehen, damit die dauernden einseitigen Verurteilungen Israels in den Versammlungen und Gremien der Vereinten Nationen endlich aufhören?

Antwort:

Die Bundesregierung hat eine klare Linie im Bezug zu Israel und zur politischen Handhabung zu bereits bestehenden UN-Resolutionen zu Israel. Wir unterstützen dabei die bestehenden Resolutionen. Deutschland hat bei den Versammlungen und Gremien der Vereinten Nationen eine wichtige Rolle beim Dialog und der Auseinandersetzung von gegensätzlichen Positionen. Wir dürfen dabei aber nicht akzeptieren, wenn die rote Linie – eine Negierung des Existenzrechts Israels- von Akteuren oder Gremien überschritten wird.

Frage 12:

Was werden Sie tun, um der fatalen Rolle der Flüchtlingsorganisation UNRWA in der Perpetuierung des israelisch-palästinensischen Konflikts ein Ende zu bereiten?

Antwort:

Die Förderung von UNRWA sehen wir als wichtigen Bestandteil für die Sicherheit Israels. Denn für Sicherheit und Frieden ist die humanitäre Stabilisierung der palästinensischen Flüchtlinge unerlässlich. Wir fordern daher eine Ausfinanzierung der UNRWA Projekte und unterstützen die Resolution, in der sich das Europäische Parlament überparteilich für eine finanzielle Unterstützung des UN-Flüchtlingshilfswerks aussprach. Insbesondere für die Bildung von palästinensischen Flüchtlingen muss mehr Geld ausgegeben werden. UNRWA als internationale humanitäre Institution darf dabei nicht zum Spielball der Politik werden.

Frage 13:

Wie werden Sie mit der Forderung der Vereinten Nationen an Israel, die Golanhöhen zurückzugeben und die dort lebende Bevölkerung einem menschenverachtenden Diktator auszuliefern, umgehen?

Antwort:

Wir unterstützen die bestehenden UN-Resolutionen zu den Golanhöhen. Eine Anerkennung der Annektierung der Golanhöhen würde nicht nur einen klaren Bruch des Völkerrechtes darstellen, sondern auch die Grundlagen für eine Konfliktlösung und eine Zwei-Staaten-Lösung massiv gefährden.

Frage 14:

Welche Schritte planen Sie gegen die Existenzbedrohung Israels durch das iranische Regime? Wie wollen Sie angesichts des geplanten Abzugs der amerikanischen Truppen aus Syrien verhindern, dass das Iranische Regime das entstehende Machtvakuum nutzt und die Bedrohung Israels verstärkt?

Antwort:

Zusätzlich zur Umsetzung von VN-Sanktionen hat die EU im vergangenen Jahrzehnt ein breites Spektrum autonomer wirtschaftlicher und finanzieller Sanktionen gegen Iran verhängt, einschließlich Einschränkungen des Handels mit mehreren Arten von Waren, darunter auch ein Verbot der Ausfuhr in den Iran von Waffen, Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und Waren, die für Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Urananreicherung eingesetzt werden könnten. Zudem gibt es Einschränkungen im Finanzsektor und Maßnahmen im Verkehrssektor (z.B. Sperrung der Flughäfen in der EU für iranische Frachtflüge). Hinzu kommen Reisebeschränkungen und Einfrieren von Vermögenswerten. Diese restriktiven Maßnahmen der EU, die als Teil eines politischen Gesamtkonzepts sind, unterstützt die SPD im Europäischen Parlament. Kürzlich, am 8. April 2019, hat der Rat mehrere Sanktionen gegen Iran als Reaktion auf schwere Menschenrechtsverletzungen erneut um ein Jahr verlängert.

Neben den Sanktionen, die Iran dazu bewegen sollen, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen, fordern wir im Europäischen Parlament vom Iran kontinuierlich und deutlich die Anerkennung des Existenzrecht Israels. Diese Forderung ist für uns elementar in der Diskussion um und mit dem Iran.

Parallel versuchen wir, auf Basis des gemeinsamen umfassenden Aktionsplans (Joint Comprehensive Plan of Action – JCPOA), sicherzustellen, dass Irans Nuklearprogramm rein friedlichen Zwecken dienen wird. Der JCPOA liegt im europäischen und israelischen Sicherheitsinteresse. Wir sind der Meinung, dass der JCPOA eine Basis liefern kann, um mit dem Iran Schritt für Schritt einen Dialog aufzubauen. Dieser Dialog ist wichtig, um die sehr problematischen Themen, wie die Rolle des Irans in der Region, die Drohungen gegenüber Israel, das iranische Raketenprogramm oder die Verletzung der Menschenrechte im Land konstruktiv mit dem Iran anzusprechen.